

## Wie können diese Mängel überwunden werden?

1. Im Rechenschaftsbericht der Grundorganisationen bei den Wahlen der neuen Parteileitungen und in den Delegiertenkonferenzen muß unbedingt dazu Stellung genommen werden, wie die Hilfe der Parteiorganisation für das zweite Schuljahr der FDJ aussieht. Die Grundorganisationen sollen dabei kritisch ihre Arbeit überprüfen und, wenn notwendig, weitere Maßnahmen für die Hilfe der FDJ einleiten. Zum Beispiel sollte man sofort feststellen, von welchen anderen Funktionen die als Propagandisten für das II. Schuljahr der FDJ tätigen Genossen entlastet werden müssen,\* es sollte weiter kontrolliert werden, ob die Genossen regelmäßig die Seminare besuchen; welche Hilfe der FDJ bei der Beschaffung von Anschauungsmaterial geleistet werden kann usw.

2. Zwischen der Kreisleitung der Partei und den Genossen in der FDJ-Kreisleitung muß eine enge Verbindung bestehen. Ideologische Unklarheiten, die in den Zirkeln nicht geklärt werden konnten, sowie besonders bemerkenswerte Fragen, die mehrfach auftauchen, sind zu besprechen, um eine prinzipielle Klärung zu veranlassen. Außerdem ist ein Plan für Konsultationen in der Presse aufzustellen. Fragen, die im Kreis nicht geklärt werden können, sind dem Landesvorstand der FDJ zu übermitteln.

3. Es ist äußerst wichtig, daß unsere Genossen Zirkelleiter und Seminarleiter die „Junge Welt“ lesen. Dort erhalten sie die notwendigen Hinweise für ihre Arbeit im FDJ-Schuljahr. Außerdem ist es aber notwendig, daß sich die Genossen auch mit dem Jugendleben in der Gruppe vertraut machen, daß sie die Interessen ihrer Zirkelteilnehmer

kennenlernen, ihnen Ratschläge geben und ihr Vertrauen gewinnen.

4. Die Kreisleitungen der Partei bestätigen, wo das noch nicht geschehen ist, sofort die Zirkelleiter und lassen ihnen gleichzeitig durch die Grundorganisation den Parteauftrag persönlich übermitteln. Dabei ist die Qualifikation der Zirkelleiter nochmals zu überprüfen, und mit Funktionen überlastete Genossen sind von anderen Parteaufträgen zu entbinden.

5. Unsere Parteikabinette in den Ländern müssen mehr als bisher den Kabinetten der FDJ Hilfe leisten. Für die verschiedenen Zirkel des Schuljahres sollten besondere Vorlesungen gehalten werden sowie Ausstellungen und Konsultationen organisiert werden.

6. Die Zirkelleiter und Kreisseminarleiter müssen unbedingt am Seminar teilnehmen, um sich weiter für ihre wichtige Aufgabe zu qualifizieren, und die Grundorganisationen der Partei sind verpflichtet zu kontrollieren, wie diese Genossen ihren Parteauftrag erfüllen.

Wenn die Leitungen der Partei den Genossen Propagandisten, die im II. Schuljahr der FDJ tätig sind, eine ständige Hilfe leisten, und wenn die Genossen Propagandisten ihre Aufgabe wirklich als einen wichtigen Parteauftrag betrachten und mit großer Gewissenhaftigkeit ausführen, leisten sie der Jugend eine große Hilfe und tragen dazu bei, daß Tausende aktiver Friedenskämpfer in der Lage sind, noch besser den Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und um die Einheit Deutschlands zu führen.

Hilde Stölzel/Heinz Herder

## Zum Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

# Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz

*Im Zusammenhang mit den fieberhaften Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und ihren krampfhaften Versuchen, die breite Friedensbewegung in Westdeutschland zu unterdrücken, ist es mehr denn je notwendig, der deutschen Arbeiterklasse ihre revolutionären Traditionen bewußt werden zu lassen und die Entschlossenheit zum Kampf um den Frieden zu stärken. Deshalb gewinnt das Studium der revolutionären Traditionen des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung im besonderen hervorragende Bedeutung. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir diese Kurzkonsultation über den heroischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Bismarcksche Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten, um damit gleichzeitig einige unklare Fragen, die beim Studium der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgetreten sind, zu klären.*  
Die Redaktion.

Am 21. Oktober 1878 wurde das Ausnahmegesetz gegen die sozialistische Arbeiterbewegung verhängt, nachdem es am 19. Oktober durch die bürgerliche Mehrheit im deutschen Reichstag angenommen worden war.

Damit glaubten die durch das Wachstum der sozialistischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften beunruhigten Junker und die Großbourgeoisie, die sozialistische Bewegung in Deutschland zerschlagen zu können.

Die Verhängung des Ausnahmegesetzes, der einsetzende Terror und die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung riefen anfangs in der Parteiführung der deutschen Sozialdemokratie Verwirrung hervor. Der Parteivorstand verfügte die Selbstauflösung der Partei, ohne Maßnahmen für den Aufbau einer illegalen Parteiorganisation getroffen zu haben. Die Verbindung der Organisationen zum Partei Vorstand ging auf diese Weise zeitweilig verloren. Die Masse der Parteimitglieder, denen Wilhelm Bracke mit seinem Ausspruch im Reichstag: „Wir pfeifen auf das Gesetz“, aus dem Herzen gesprochen hatte, ging ohne Weisung und Zutun der Parteiführung zum Aufbau illegaler Organisationen über.

Dieser Zustand der spontanen, unplanmäßigen Arbeit der einzelne Organisationen hielt fast ein Jahr an, bis es

August Bebel und Wilhelm Liebknecht gelang, die Partei wieder zu festigen und ein illegales Zentralorgan „Sozialdemokrat“ zu schaffen. Dieses illegale Zentralorgan wurde im Ausland herausgegeben und in Deutschland illegal verbreitet. Das Zentralorgan trug entscheidend zur Neuorganisation der Partei, zur Schulung und Erziehung der Mitglieder bei.

Das „Sozialistengesetz“ verbot alle Vereine, Zeitungen und anderes gedrucktes Material sowie Versammlungen, in denen, wie es im Gesetz heißt,

„sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsmassen gefährdenden Weise zutage treten.“

Gleichzeitig stellte das Gesetz jede Unterstützung solcher Vereine unter schwere Strafe. Damit war die Arbeiterklasse aller politischen Rechte beraubt. Als einziges Recht war das — bei Beseitigung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit — zweifelhafte Wahlrecht geblieben.

Dieses Wahlrecht wurde jedoch von der Partei in glänzender Weise ausgenutzt. Sie erlangte trotz Verfolgung und